

Tschechien ringt um eine Flat -Rate-Tax

Ungewisse parlamentarische Mehrheit für eine umfassende Steuerreform

Ob in Tschechien künftig die Steuererklärung auf einem Bierdeckel Platz findet, ist zwar unklar. Die Regierung macht aber ihr Überleben von der Einführung einer Flat-Tax-Rate abhängig.

tf. Wien, 16. August

Im tschechischen Parlament kommt es auf jede Stimme an. Nachdem im Juni 2006 die Wahlen zum 200 Sitze zählenden Unterhaus dem linken und rechten Lager je 100 Stimmen beschert hatten, ist das Land fast unregierbar geworden. Die aus drei Parteien bestehende Mitte-Rechts-Koalition unter Ministerpräsident Mirek Topolánek agiert denn auch ohne solide Mehrheit und muss bei jeder Initiative um die Stimme eines jeden einzelnen Parlamentariers buhlen. Die derart umworbenen Politiker wissen solche Aufmerksamkeit durchaus zu schätzen, und da sich viele als Zünglein an der Waage wähen, machen sie ihre Zustimmung von der Durchsetzung eigener Partikularinteressen abhängig. Das beschert nicht nur manchem Hinterbänkler endlich seine fünf Minuten Berühmtheit. Das fragile Gefüge führt auch dazu, dass Feilschen und Austarieren im Übermass den politischen Betrieb prägen. Deutlich zeigt sich dies dieser Tage beim Ringen um eine Steuerreform, bei der alle Augen auf das Verhalten einiger weniger (möglicher) Überläufer gerichtet sind.

Belebender Standortwettbewerb

Mehr oder weniger unumstritten ist allein das Ziel des Reformpaketes, das voraussichtlich nächste Woche zur Abstimmung unterbreitet wird: Das Land muss seine öffentlichen Finanzen wieder in Form bringen, um mittelfristig die von Brüssel diktierten Voraussetzungen für eine Übernahme des Euro erfüllen zu können. Die EU-Kommission spart jedenfalls nicht mit Kritik, dass Tschechien ungeachtet eines anhaltend kräftigen Wirtschaftswachstums das vereinbarte Defizitziel von 3% des Bruttoinlandprodukts (BIP), das 2006 bereits einmal erreicht

worden war, im laufenden Jahr deutlich verpassen wird; Schätzungen gehen von einem Fehlbetrag von rund 4% aus. Der ursprünglich für 2010 angestrebte Termin für einen Übergang zum Euro ist daher längst illusorisch und ist auf ein noch unbestimmtes Datum im nächsten Jahrzehnt verschoben worden. Die neue Vorgabe der tschechischen Regierung lautet nun, das Defizit im kommenden Jahr dank Steuerreform und Ausgabenkürzungen auf immerhin 3,2% des BIP zu verringern.

Eine Konsolidierung des Staatshaushaltes und eine Begrenzung der rasant steigenden Sozialausgaben sind aber nur das eine Ziel. Der zweite – und nicht minder wichtige – Zweck des Reformpaketes besteht darin, im zusehends härter werdenden Standortwettbewerb in Mittel- und Osteuropa nicht an Terrain einzubüssen. Prag ist keinesfalls verborgen geblieben, dass in den vergangenen Jahren zahlreiche Nachbarstaaten mit einer Entschlackung ihres Steuerregimes – etwa der Einführung einer Flat-Rate-Tax – für deutlich attraktivere Bedingungen für potenzielle Investoren aus dem In- und Ausland gesorgt haben. Auch in Tschechien soll daher künftig das relative Gewicht direkter Einkommens- und Firmensteuern abnehmen, derweil Einnahmen durch indirekte Steuern, also durch die Mehrwertsteuer, an Bedeutung gewinnen. Konkret ist geplant, im Rahmen der zweistufig konstruierten Mehrwertsteuer den tieferen Vorzugssatz, der etwa bei Grundnahrungsmitteln zur Anwendung gelangt, von 5% auf 9% zu erhöhen. Für sozialpolitischen Sprengstoff sorgt aber vor allem die angestrebte Ablösung der progressiven Einkommenssteuer, die gestaffelte Sätze zwischen 12% und 32% vorsieht, durch eine Flat-Rate-Tax, wie sie derzeit bereits in der Slowakei, in Rumänien oder Estland anzutreffen ist. Laut dem von Regierungschef Topolanek präsentierten Vorschlag soll 2008 ein Einheitssatz von 15% eingeführt werden; ein Jahr später – und dies kommt eher überraschend – möchte man den Satz gar auf 12,5% reduzieren. Die entsprechende Entlastung von Besserverdienenden wird dabei verstärkt durch eine Verbreiterung der Steuerbasis. So werden zum persönlichen Einkommen künftig auch jene Beiträge gezahlt, welche die Arbeitgeber zugunsten der Angestellten in die Sozialversicherung einzahlen. Diese Beiträge werden ab einem Einkommen, das über dem Vierfachen des Durchschnittseinkommens liegt, nicht weiter erhöht. Neben den Vermögenden sollen aber auch die am untersten Ende der Einkommensskala rangierenden Bürger entlastet werden, und zwar durch höhere Abzugsmöglichkeiten. Den Unternehmen stellt man derweil per 2008 einen Abbau der Firmensteuern von 24% auf 21% und per 2010 auf 19% in Aussicht.

Neuwahlen im Fall einer Niederlage

Die oppositionellen Sozialisten stellen sich mit Ausnahme von

zwei wankelmütig gewordenen Überläufern quer zur Idee einer Flat-Rate-Tax. Sie fordern, dass zur Sanierung der Staatskasse zunächst die steuerlichen Schlupflöcher für die Reichen gestopft werden, ehe man über eine Einheitssteuer und über geplante Einschnitte bei den Gesundheits- und Sozialausgaben auch die Bezüger tieferer Einkommen zur Kasse bittet. Angesichts des prekären Machtgefüges im Parlament bleibt ungewiss, ob das umfassende Reformpaket, wie von Topolanek zweckoptimistisch prophezeit, eine Mehrheit finden wird. Der Regierungschef verbindet das Gelingen des Reformvorhabens mit dem Schicksal seines Kabinetts und kündigt für den Fall einer Niederlage Neuwahlen an. Die Drohung dürfte nicht zuletzt an die Adresse der eigenen Koalition gerichtet sein. Deren Mitgliedern soll klargemacht werden, dass sie mit der Ablehnung des Pakets auch ihren Abschied von der Regierungsmacht besiegeln würden. Neben Polen würden dann in Bälde in einem weiteren Land Osteuropas die politischen Karten neu verteilt werden.

«Reflexe» Seite 26

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/tschechien_ringt_um_eine_flat_-rate-tax_1.542109.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
